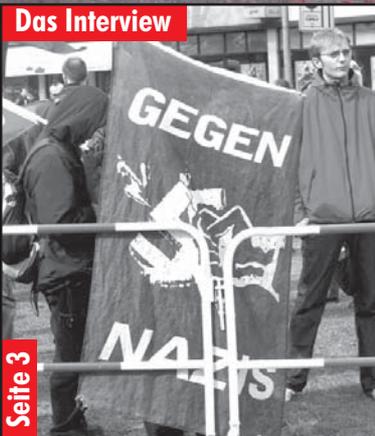




Das Interview



Seite 3

Krankenhaus



Seite 4

Parteilieben



Seite 7

Aus BVV und Ausschüssen

Überall Land in Sicht?



Die erste Aktuelle Stunde der VI. Wahlperiode der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow widmete sich der brisanten Situation des Kulturhauses Pankow und des Café Garbaty. Irreführenderweise durch CDU und Bündnisgrüne unter dem Titel „Wie soll es mit der Kultur in Pankow weitergehen?“ angekündigt, debattierte die BVV eine Stunde über die allseitig unbestrittene Notwendigkeit einer baldigen Lösung des „Café-Garbaty-Konflikts“ um Schaden von allen, einschließlich der Ausstrahlungskraft des Bezirkes, abzuwenden. Ins Detail des Konfliktes ging niemand und so schwammen wir munter an der Oberfläche.

Dass die Fähigkeit, schwimmen zu können, in Pankow möglicherweise ganz nützlich sein kann, bewies noch ein weiterer Tagesordnungspunkt dieser Sitzung. Dem Interkulturellen Garten in Französisch-Buchholz steht das Wasser sinnbildlich bis zum Hals. Das hier auflaufende Schichtenwasser legt eine Nutzung als Feuchtbiotop oder Badeseenähe. Da solche Gärten aber statt dem Badevergnügen den Kleingärtnern und deren interkultureller Verständigung dienen sollen, wurde das Bezirksamt ersucht, den Initiatoren



helfend unter die Arme zu greifen, um das eigentliche Anliegen nicht untergehen zu lassen.

Land in Sicht heißt es übrigens möglicherweise für das Bucher Life Science Center. Eine knappe Mehrheit der BVV votierte für das Stellen eines Fördermittelantrages beim Bund, um diesem Projekt mehr Fahrt zu geben. Die zur Zeit sichtbaren Dellen und Lecks dieses Schiffes übersah man dabei geflüchtig. Hoffen wir, dass das Schiff am Ende nicht untergeht und mit ihm die geladenen Steuergelder und Hoffnungen. Die Gewissheit darüber wird noch ein bisschen auf sich warten lassen.

Bis dahin empfehle ich einen Gang in die - dank ehrenamtlichen Engage-

ments - bald neu eröffnende Kurt-Tucholsky-Bibliothek.

Wem das Lesen des dort ausgeliehenen Buches im naheliegenden Volkspark Friedrichshain schwierig erscheint, der mache sich auf nach Blankenfelde.

Hinter der Botanischen Anlage, in der jeder zur Ruhe kommt, sind fünf Heckrinder beim „Mähen“ zu bewundern. Preiswerte Grünflächenpflege á la Pankow.

Apropos preiswert: Wie der Bezirk in den nächsten Jahren die aufgelaufenen „Schulden“ in Höhe von fast 31 Millionen Euro abbauen will, war übrigens einer weiteren Vorlage zu entnehmen.

Ines Pohl
Bezirksverordnete

Weniger Personal für Jugend



Die einschneidenden Personaleinsparungen der letzten Jahre in allen Bereichen des Bezirksamtes sind jetzt beim Dienst am jungen Bürger angekommen. In den vergangenen Jahren hatte das Jugendamt „nur“ im Verwaltungsbereich gespart.

Der ist aber jetzt inzwischen soweit ausgelutscht, dass das Jugendamt hier keine weiteren Einsparpotentiale sieht. Allein im Zuge der Personaleinsparungen aus 2007 müssen im Bereich der Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen (JFE) sechs Stelleneinsparungen umgesetzt werden. Nach intensiven Diskussionen im Planungsausschuss des Kinder- und Jugendhilfeausschusses (KJHA) ist nun deutlich, wie die konkrete Umsetzung aussehen wird.

Der Abenteuerspielplatz Karow wird an einen freien Träger über-

tragen, ebenso das letzte noch verbliebene Spielmobil. In der JFE Hosemannstraße wird der Anteil der bezirklichen Mitarbeiter verringert und eine Kooperation mit einem freien Träger eingegangen, um hier ein Medienkompetenzzentrum zu etablieren.

Aus der Weißenseer Mahlerstraße 4 bis 6 zieht sich der Bezirk ganz zurück und überträgt alle vorhandenen Angebote an freie Träger. Maßgeblich durch einen schnellen und heißen Draht zwischen Linksparteimitgliedern vom Arnimpfplatz mit den Jugendpolitikern der Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung konnte die Schließung der JFE in der Schönfließer Straße verhindert werden, an deren Stelle ein Familienzentrum entstehen sollte.

Das Positive daran: Es gibt zu-

nächst keine Schließungen oder Angebotsreduzierungen. Allerdings verringert sich für freie Träger die Planungssicherheit.

Da niemand weiß, wie weit die Kürzungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe noch gehen und es sich bei den benannten Angeboten nicht um Leistungen mit individuellem Rechtsanspruch handelt, kann es in den nächsten Jahren zu einem weiteren Wegbrechen von Angeboten kommen. Beim derzeitigen Finanzierungssystem der Bezirke, das dazu geführt hat, dass Pankow inzwischen in den Primärausgaben pro Einwohner in Berlin am wenigsten ausgibt, weiß niemand so genau, wie viel Geld im folgenden Haushaltsjahr zu Verfügung stehen wird.

Sören Benn
Bezirksverordneter

Vorgestellt: [moskito]

Engagiert gegen Rechts

extraDrei sprach mit Bettina Pinzl, Mitarbeiterin bei [moskito] - Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus – für Demokratie und Vielfalt

Frau Pinzl, der Name [moskito] assoziiert unangenehme Stechmücke. Was verbirgt sich in Wirklichkeit dahinter?

Die Netzwerkstelle [moskito] existiert seit 2002 und hat ihr Büro im Stadtteilzentrum am Teutoburger Platz in der Fehrbelliner Straße 92. Wir beraten und vernetzen lokale Akteure im Bezirk Pankow, die sich gegen demokratiefeindliche Tendenzen zur Wehr setzen möchten.

In der Arbeit gegen Rechtsextremismus ist für uns die Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement und die Bildung und Stärkung von zivilgesellschaftlichen Strukturen wichtig. Deshalb sind wir unter anderem aktiv im Netzwerk gegen Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt.

Eine weitere Aufgabe von uns ist die Erstellung des „Pankower Registers“, in dem rassistisch, rechtsextrem, antisemitisch und neuerdings homophob motivierte Gewalttaten und Vorfälle dokumentiert werden. Leider liegt Pankow, was die Zahl rechtsextremer Vorfälle anbelangt immer noch auf einem Spitzenplatz in Berlin, was der vor kurzem veröffentlichte Verfassungsschutzbericht bestätigt. Seit 2007 koordinieren wir auch die Arbeit der Initiative „Wir sind Pankow – tolerant und weltoffen“. Ziel dieser auf drei Jahre angelegten Initiative ist es, sich für ein vorurteilsbewussteres, diskriminierungsfreieres Zusammenleben der Menschen aus 150 Nationen, die in Pankow wohnen, einzusetzen

Wie hat sich die rechtsextreme Szene in Pankow entwickelt? Gibt es neue Tendenzen?

Seit Jahren gibt es im Bezirk die sehr aktive Kameradschaft „Vereinte Nationalisten Nordost“ (VNNO). Sie tritt zum Beispiel in Niederschönhausen mit Aufkleberaktionen, die sich häufig gegen den

„Kurt-Lade-Klub“ und seine BesucherInnen richten, auf.

Aber auch andere Jugendeinrichtungen wie das „JUP“ oder die „Bunte Kuh“ sind Zielscheibe der rechten Szene. Problematisch sind auch die gehäuften Übergriffe auf alternative Jugendliche vor allem in der Nähe des Bahnhofs Pankow. Hier kam es in der Vergangenheit zu massiven Gewaltakten.

Unverkennbar ist die Strategie der rechten Schläger, mit ihren An-



griffen öffentliche Angsträume zu schaffen. Aus dem neuen rechten Szenetreff „MusikCafe“ in der Wollankstraße heraus gab es in diesem Jahr brutale Angriffe auf vorbeigehende Jugendliche.

Pankow hat aber auch einen aktiven Bezirksverband der NPD, dem es gelungen ist, sich unter die Gegner des Moscheebaus in Heinersdorf zu mischen und dort mit fremdenfeindlichen Parolen Konflikte und Ängste zu schüren.

Auffällig ist auch, dass Rechte zunehmend in Gremien wie zum Beispiel Elternvertretungen an Schulen oder in Vereinen aktiv werden, um dort gezielt Einfluss auf Diskussionen und Entscheidungen zu nehmen.

Die Rechten treten nicht nur gewalttätig in Erscheinung, sondern wollen in Diskussionen öffentliche Meinungen beeinflussen.

Sie treten nicht mehr im abstoßenden Bomberjackett-Look auf, sondern im Anzug oder im Outfit der

linken Szene, zum Beispiel mit Palästinensertuch.

Wie kann die Zivilgesellschaft auf die Gefahr von Rechts wirkungsvoll reagieren?

Es kommt darauf an, dass sich möglichst viele Menschen vor Ort engagiert wehren und dabei von der Politik unterstützt werden. Bewohnerinnen und Bewohner, denen es nicht egal ist, was in ihrem Kiez passiert, denen es nicht egal ist, dass man über ihn schlecht redet, diese Leute wehren sich häufiger gegen rechte Gewalt und Fremdenfeindlichkeit als notorische Weggucker.

Wichtig ist auch die gezielte Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, weil diese bevorzugte Zielgruppen von rechten Aktivisten sind. Das geschieht meist über einschlägige Musik oder gemeinsame Freizeitaktivitäten. Hier kommt vor allem den Schulen als Gegenpol eine besondere Verantwortung zu.

2007 fanden beispielsweise an drei Pankower Schulen Projektstage zu Themen rechtstradikale Tendenzen an Schulen oder die Entdeckung von Stätten jüdischen Lebens statt. Sehr positiv war, dass Jugendliche diese Projektstage selbstständig gestaltet haben.

Im vergangenen Jahr war die Weiterarbeit der Netzwerkstelle finanziell noch nicht abgesichert. Wie sieht die Situation 2008 aus?

Viel besser. Bei uns gibt es jetzt vier statt zwei Stellen, die aus unterschiedlichen Töpfen finanziert werden.

Damit können wir unter anderem die Koordinierung der Initiative „Wir sind Pankow“ bis Ende 2008 und auch die Weiterarbeit am „Pankower Register“ bis Mitte des Jahres absichern.

Vor dem Hintergrund rechter Tendenzen brauchen wir aber am besten eine dauerhafte Finanzierung.

Ich bedanke mich für das Gespräch und wünsche viel Erfolg.

Interview: Andreas Bossmann

Planung und Schließung

LSC: Sorgfalt statt Eile!



Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) hat am 12. März über weitere Maßnahmen bezüglich der Ansiedlung eines Life Science Centers (LSC) - was etwa mit Museum der Lebenswissenschaften zu übersetzen wäre - in Buch beraten.

Am Ende fand ein Antrag der SPD-Fraktion mit Unterstützung der CDU-Fraktion eine Mehrheit. Er fordert das Bezirksamt auf, unverzüglich einen Antrag auf Fördermittel aus dem Bund-Länder-Programm »Gemeinschaftsaufgabe - Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GA)« zu stellen.

Die Antragsteller sehen alle Voraussetzungen für diesen Schritt als gegeben an; erst mit der GA-Antragstellung könnte der Weg für eine Weiterentwicklung des Projektes beschritten werden. Außerdem müsste, so die SPD-Fraktion, jetzt eine Entscheidung für den möglichen Standort im "Waldhaus" erfolgen. Die Linksfraktion hat sich dieser Argumentation deswegen nicht angeschlossen, weil uns die finanziellen Risiken auch jetzt noch

als unwägbar erscheinen. Weder das Land Berlin noch der finanzschwache Bezirk Pankow können es sich leisten, ein millionenschweres Projekt zu unterstützen und gegebenenfalls auch die Verluste zu tragen.

Die Linksfraktion hat intensiv darüber beraten, ob es bereits jetzt eine günstige Perspektive für einen wirt-



Waldhaus in Buch

schaftlichen Betrieb des Life Science Centers gäbe. Wir wissen, dass ein erfolgreiches LSC für Buch ein Gewinn wäre.

Es ist wenig populär, aber deshalb nicht weniger legitim, wenn wir abwägen und zu dem Ergebnis kommen, dass zu viele Fragen offen

geblieben sind. So ist bis heute unbeantwortet, ob ein Bezirk in Bauherrenfunktion ein Museumsprojekt von einer solchen Größenordnung - das nur funktioniert, wenn es touristische Ausstrahlung weit über Berlin hinaus erlangt - in seiner Verantwortung errichten kann.

Auch ist zu wenig berücksichtigt, dass vergleichbare Einrichtungen nur durch dauerhafte Unterstützung durch die öffentliche Hand am Leben erhalten werden.

Wenn der Bezirk Pankow beim Liegenschaftsfonds sein Interesse an der Nutzung des "Waldhauses" bekundet, muss damit gerechnet werden, dass er bis zur Realisierung des LSC die Betriebskosten für dieses Areal tragen muss.

Diese Vorbehalte hat auch das Bezirksamt in einer Vorlage an die BVV formuliert.

Leider hat die BVV-Mehrheit mit ihrer Entscheidung vor allem die Chancen, aber nicht die Risiken des LSC berücksichtigt.

Matthias Zarbock
Bezirksverordneter

Ende für Krankenhaus Prenzlauer Berg

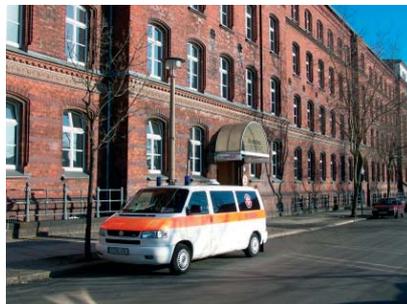


Das kommunale Krankenhaus Prenzlauer Berg (KPB) des „Vivantes“-Konzerns in der Fröbelstraße stand in den vergangenen Jahren immer wieder als Krankenhausstandort in Frage. Es gibt mehrere Beschlüsse der BVV zum Erhalt des Krankenhauses als wohnortnahe stationäre Einrichtung, die zumeist von der Linksfraktion eingebracht wurden.

Dieses Ziel ist nicht mehr zu erreichen. Der Aufsichtsrat von „Vivantes“ hat im Februar 2008 beschlossen, schrittweise bis 2011 den stationären Bereich des KPB zum Krankenhaus Friedrichshain (KFH) zu verlagern und aus dem KPB ein ambulantes Zentrum zu machen. Die angeführten Gründe waren:

Nur mit der gleichzeitigen Verlagerung von Investitionsmitteln zum KFH hat der „Vivantes Konzern“ die Möglichkeit, das Jahr 2008 ohne Verlust abzuschließen. Das

KPB bedürfte Investitionen, die aus dem Konzern heraus nicht gedeckt werden können. Die Mehrkosten durch die Gesundheitsreform 2007 und die Mehrwertsteuererhöhung



lassen keinen Spielraum für Investitionsmittel zu.

Beim ärztlichen und pflegerischen Personal gibt es kein Einsparpotential mehr. Wegen der Tarifverhandlungen muss eher mit einem Zuwachs an Personalkosten gerechnet werden.

Es fehlt angeblich die Notwendigkeit für einen stationären Kranken-

hausstandort im Prenzlauer Berg. Der Wegfall des KPB gefährde den Versorgungsauftrag nicht. Es gibt andere Träger (Private!) in erreichbarer Nähe und mit dem KFH in drei Kilometer Entfernung einen großen „Vivantes“-Versorger.

Der vorgesehene Aufbau eines ambulanten Zentrums am Standort Prenzlauer Berg wird, wie ich vermute, aus betriebswirtschaftlichen und der auch hier absehbaren fehlenden Notwendigkeit nicht realisiert werden, denn es gibt ausreichende ambulante Kapazität in unmittelbarer Umgebung.

Man kann also intensiv über die Nachnutzung des denkmalgeschützten Gebäudes des KPB nachdenken. Eine Zukunft als wohnortnahes Krankenhaus gibt es wohl nicht mehr. Es sei denn, ein privates Unternehmen entdeckt diesen Standort als strategisch günstig.

Axel Bielfeldt
Bezirksverordneter

Gasometer reißt man nicht ab

Notwendige Erinnerung

Am 6. Februar 2008 beschloss die BVV Pankow, im Jahr 2009 an den Abriss der Gasometer des Gaswerkes Dimitroffstraße und den Protest der Bevölkerung dagegen zu erinnern, der sich dann zum 25. Mal jährt. Dass dieser Beschluss von allen Fraktionen eingebracht wurde, hat einige Irritationen ausgelöst. Darum folgende kurze Erinnerung.

Das Gaswerk wurde ab 1871 als Städtische Gasanstalt IV auf Ackerflächen vor den Toren Berlins errichtet. Durch die stürmische Entwicklung der Gründerzeit hatte die Wohnbebauung um 1900 das Betriebsgelände erreicht – und damit auch die Belastungen mit Staub, Ruß und Gestank.

Zum Stadtbild prägenden Ensemble wurden die drei knapp 45 Meter hohen und 55 Meter breiten, vor dem Bahnhof Prenzlauer Allee errichteten Hochgasbehälter. Sie gehörten zu den Größten ihrer Art; ihre Mauern waren die größten freitragenden Ringmauern Deutschlands, vergleichbar nur den Gasometern der Stadt Wien. Wenn es ein Wahrzeichen des Prenzlauer Berges gab, waren es diese Gebäude.

Ab 1933 entstanden erste Pläne zur Anlage eines Parks und zur Stilllegung des Gaswerkes, die bis 1936 zum Teil (Sportanlage Danziger/Ecke Ella-Kay-Straße) umgesetzt wurden. Ab 1952 wurde das Gaswerk zu einer Gaskokerei ausgebaut, später auch eine Benzoldestillation errichtet. Der X. Parteitag der SED beschloss 1981 schließlich, an Stelle des Gaswerkes 1.300 Wohnungen mit entsprechender Infrastruktur und dem Thälmann-Park zu errichten, als Denkmal, wie die Partei "unser Volk in die sozialistische Gegenwart und die kommunistische Zukunft führt" (Honecker).

Die Schließung des Gaswerkes führte zu einem Aufatmen der umliegenden Bevölkerung im wahrsten Sinne des Wortes. Aber da waren noch die inzwischen denkmalgeschützten Gasometer. Die Planungen des Magistrates von 1982 sahen ihren Erhalt vor. Arbeitsgruppen der Humboldt-Uni-



versität und der Kunsthochschule Weißensee erarbeiteten Nachnutzungskonzepte, die auch in der Bevölkerung viel diskutiert wurden. Von einem Zirkus war die Rede, von einem Planetarium, Ausstellungsflächen, Theatern, einem Gewächshaus und dem Verglasen der letzten erhaltenen Kuppel, um darunter ein Restaurant mit freiem Blick über die Stadt einzurichten. In diesen Diskussionen keimte und entzündete sich Bürgersinn, der Wunsch, Verantwortung für das Wohnumfeld zu übernehmen. Im Januar 1983 schrieb die NBI: "Die mächtigen Gasometer werden nicht in die Mangel genommen. Sie bleiben als Baudenkmale erhalten." Da war die Entscheidung zu ihrem Abriss jedoch schon gefallen.

Die Suche nach den wahren Gründen gestaltet sich schwierig. Das Gelände des Gaswerkes war chemisch verseucht. Das Erdreich musste tiefgründig abgetragen werden; es gibt statische Gutachten, die die Standsicherheit der Gasometer dann als nicht mehr gegeben ansahen. Andererseits ist auf dem Gelände des Thälmann-Parks darauf verzichtet worden, weswegen dort der Boden seit 2003 aufwändig unterirdisch gewaschen wird. Es mag also sein, dass der Erhalt der Gasometer die technischen und finanziellen Möglichkeiten der DDR überforderte. Es kann aber auch sein, dass Lew Kerbels Furcht, die Gasometer könnten sein Thälmann-

Denkmal "optisch erdrücken", offene Ohren im Politbüro fand. Der Proteststurm der Bevölkerung gegen den Abriss war jedenfalls unerwartet groß. Neben einer Flut von Eingaben, unabhängig organisierten Diskussionsveranstaltungen, gab es Flugblätter, selbst gebastelte Aufkleber mit dem Slogan "Gasometer reißt man nicht ab", und in den Schaufenstern vieler Geschäfte des Prenzlauer Berges standen Bilder der Gasometer. Die Nacht vor der Sprengung am 28. Juni 1984 mussten Stasi-Mitarbeiter in den Gasometern verbringen, weil ziviler Widerstand durch Besetzung, Sitzblockaden o.ä. befürchtet wurde. Am Tag der Sprengung wurde das Gebiet weiträumig abgeriegelt, Photographen wurden von der Polizei die Filme weggenommen.

Der Widerstand gegen die Sprengung der Gasometer gehört zu den Wurzeln des erwachten Bürgersinnes im Prenzlauer Berg, auch, weil er unmittelbar mit der Arroganz der Macht konfrontiert war. Er war Bürgerbewegung im besten Sinne des Wortes. Und er war nicht folgenlos. Der ehemalige Kultursenator Flierl musste deswegen 1985 die Humboldt-Universität verlassen. Andere engagierten sich für den Erhalt der Oderberger oder der Rykestraße, deren Abriss auch geplant war. An all das müssen wir uns erinnern.

Aus dem Bezirk

Vineta: Zufriedene Mieter



Die Wohnungsgenossenschaft VINETA 98 e.G. wurde am 13. Mai 1998 von 17 Mitgliedern gegründet. 669 Wohnungen wurden im Rahmen des Altschuldenhilfegesetzes von der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft GESOBAU gekauft. 327 Altbauwohnungen (Baujahr 1928/30) liegen im Kiez Halland-, Trelleborger, Wettersee-, Upsalaer Straße und Eschengraben. Die 342 Plattenbauwohnungen (Baujahr 1978/80) liegen im Bereich Max-Lingner-Straße 3 bis 15d.

Im Jahr 2000 wurde der Altbaubestand komplett saniert. Bei den Plattenbauten wurden Fassaden und Treppenhäuser erneuert. In den Wohnungen wurde nur auf Wunsch der Nutzer modernisiert. Innenhöfe und Vorgärten wurden im Jahr 2002 neu gestaltet. Mit diesen Maßnah-

men konnte die Wohnqualität so verbessert werden, dass der Wohnungsleerstand im Dezember 2007 nur noch 1,5 Prozent betrug.

Für 2008 ist vorgesehen, die Rohrsysteme in den Kellern zu erneuern und weitere Plattenbauwohnungen nach Wunsch zu modernisieren. In einem Sechs-Geschosser soll als Pilotprojekt ein Fahrstuhl eingebaut werden.

Am Jahresende 2007 hatte die Genossenschaft 532 Mitglieder, die pro Quadratmeter Wohnfläche einen Anteil von 75 Euro bezahlt haben. Das heißt, dass etliche Wohnungen noch von Mietern ohne Mitgliedschaft bewohnt sind. Neuvermietungen erfolgen aber nur noch an Mitglieder.

Wegen der guten Wohnqualität, zu der auch die Mieterbetreuer und Hausmeister wesentlich beitragen,

ist die Zufriedenheit der Bewohner sehr hoch. Laut einer Umfrage Ende 2006 waren 80 bis 90 Prozent mit den allgemeinen Bedingungen zufrieden. 97 Prozent waren mit Betreuung und Verwaltung sogar sehr zufrieden. Beigetragen dazu hat sicher auch, dass seit der Sanierung im Jahr 2000 keine Mieterhöhung mehr erfolgte.

Die Genossenschaft hält für ihre Mitglieder auch vielfältige Freizeitangebote bereit wie zum Beispiel Busfahrten, Seniorentreffen, Weihnachtsfeiern für ältere Bewohner. Auch außerhalb der Mitgliedschaft gibt es Aktivitäten. So wird seit 1998 der Kinderklub in der Upsalaer Straße bei Projekten und Festen unterstützt. Auch eine Ferienfahrt für sozial bedürftige Kinder nach Österreich wird gefördert.

Thomas Obst

Verbraucherrechte statt Gammelfleisch



Frei-Zeit-Haus

Die Weißenseer Gespräche, die zweitmonatlich im Frei-Zeit-Haus Weißensee stattfinden, zeichneten sich auch diesmal durch eine angeregte Debatte aus. Denn zu dem Thema „Verbraucherrechte statt Gammelfleisch“ hatten nicht nur die geladenen Gäste einiges zu erzählen, sondern auch die Besucher hatten sich mit konkreten Fragen vorbereitet.

Der Moderator, Stefan Liebich (Mitglied des Abgeordnetenhauses), gab zunächst seinen drei Gäs-

ten die Möglichkeit, die Relevanz und Vielfältigkeit des Verbraucherschutzes zu erläutern. Jens-Holger Kirchner, Bündnis'90/DIE GRÜNEN und Pankower Bezirksstadtrat für Öffentliche Ordnung, skizzierte, welche Aufgaben in sein Ressort fallen und mit welchen Schwierigkeiten sein Amt konfrontiert ist. So umfasst seine Abteilung das Ordnungs-, das Tiefbau- und das Veterinär- und Lebensmittelaufsichtsamt.

Der Staatssekretär für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz, Dr. Benjamin-Immanuel Hoff, DIE LINKE, beschrieb die seit seiner Amtsübernahme erreichten Änderungen. So wurden einige Ressorts zu einem neuen Referat zusammengefasst, um beispielsweise bei einem Lebensmittelskandal zügig reagieren zu können.

Sein wichtigstes Ziel ist die Zusammenfassung aller Verbraucherschutzzentralen in Form einer Telefonhotline. Die persönliche Betreuung der Verbraucherschutzzentralen sollte nach seiner Auffassung noch lokaler werden. So wird überlegt, Außenstellen in den Bür-

gerämtern anzusiedeln, damit Verbraucher eine Beratung in Wohnortnähe erhalten können.

Diese beabsichtigte Änderung des Beratungsangebots begrüßt auch die verbraucherschutzpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus, Bärbel Holzheuer-Rothensteiner.

Sie berichtete, dass Pankow der Modellbezirk in Berlin sein wird, der Lebensmittelbetriebe und Gaststätten nach der Einhaltung der hygienischen Vorschriften sichtbar für alle Verbraucher mit Hilfe von Aufklebern kennzeichnen wird.

Das Lebensmittelthema war für die Besucher aber nur eines unter vielen. So wurden die Referenten nach ihrer Meinung zu steigenden Strompreisen, Hundehaufen, kostenpflichtigen Telefonhotlines, Graffiti und Müllbergen befragt.

Eine Besucherin stellte fest, dass wir keine weiteren Gesetze und Kontrollen brauchen, sondern ein umsichtigeres Miteinander.

Das war dann leider auch schon das Schlusswort für eine spannenden Veranstaltung.

Nicole Trommer

Offen Fragen beantworten!

Unsere neue Partei DIE LINKE ist erfolgreich. Wir erreichen bei Wahlen und Umfragen Ergebnisse, wie sie die PDS allein nie erreicht hatte. Wählerinnen und Wähler wissen, dass wir gegen den Neoliberalismus, gegen die Hartz-Gesetze und gegen eine Steuerpolitik sind, die die Reichen reicher und die Armen ärmer macht. Das ist gut.

Sie stellen aber auch die Frage wofür wir sind. Zu Recht! Denn WASG und Linkspartei.PDS haben sich bei ihrer Gründung auf programmatische Eckpunkte, nicht aber auf ein Parteiprogramm verständigen können.

Wir haben stattdessen durch einen Parteitagsbeschluss ehrlich darauf hingewiesen, dass es nach wie vor offene Fragen gibt, die wir beantworten wollen.

Diese lauten unter anderem: Kann die Forderung nach Vollbeschäftigung noch ein realistisches Ziel alternativer Politik sein? Ist es ausreichend, eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung für Menschen in sozialer Not zu fordern? Oder ist ein bedingungsloses individuelles Grundeinkommen als Rechtsanspruch für alle Bürger-

rinnen und Bürger zu verlangen? Wie stehen Linke in der Menschenrechtsfrage zum Verhältnis



von sozialen und individuellen Bürgerrechten? Welches sind die besonderen Aufgaben einer Partei im Unterschied zu sozialen Bewegungen?

Wie ist das Verhältnis zwischen außenparlamentarischer und parlamentarischer Arbeit zu gestalten?

Und nicht zu vergessen die Frage, die besonders in Berlin von Inter-

esse ist: Unter welchen Bedingungen kann sich eine linke Partei an einer Regierung auf Landes- bzw. Bundesebene beteiligen?

Zur Beantwortung dieser Fragen sind die Mitglieder unserer Partei zur Programmdebatte aufgerufen. Unser Parteivorstand hat im Oktober des letzten Jahres eine Programmkommission gewählt, die von Lothar Bisky und Oskar Lafontaine geleitet wird und die bisher unter Ausschluss der Parteiföfentlichkeit tagt.

Das sollte aber kein Grund für uns sein, darauf zu warten, was vorgelegt wird.

Diejenigen, die Mitglieder der PDS waren, haben auf viele der offenen Fragen Antworten gefunden, nämlich das am 26. Oktober 2003 in Chemnitz beschlossene Programm der PDS. Dort heißt es: „Gleichheit ohne Freiheit ist Unterdrückung. Freiheit, Gleichheit und Solidarität bilden den Inhalt von Gerechtigkeit.“

Bringen wir unsere Erfahrungen in die Programmdebatte ein!

Stefan Liebich

Mitglied des Abgeordnetenhauses

Vorgestellt: Sozialistische Linke

Wir knüpfen an die Tradition der sozialistischen ArbeiterInnenbewegung an.

Wichtige Grundlagen unserer Positionen bilden marxistische Gesellschaftsanalyse und Strategiediskussion und die Verbindung zu Gewerkschaften und außerparlamentarischen Bewegungen.

Die Gesellschaft muss so gestaltet werden, dass den Menschen ein Leben nach ihren Bedürfnissen in Würde, materieller Sicherheit und Freiheit ermöglicht wird. Dafür müssen wir die Vorherrschaft des Kapitals überwinden.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die fortschrittlichen Kräfte aus Arbeit, Wissenschaft, Kultur und Politik zusammengeführt und gesellschaftliche Bündnisse ge-

schmiedet werden. Ansätze dafür sind reichlich vorhanden.

Auch in der parlamentarischen Opposition kann man eine Menge bewegen. Das zeigt die Wirkung der LINKEN als neue Partei seit 2005 mehr als deutlich.

Die Sozialistische Linke unterstützt alle Ansätze, die darauf abzielen, die Lebensverhältnisse der abhängig Beschäftigten, Erwerbslosen und Rentner zu verbessern.

Was wir ablehnen, sind faule Kompromisse, garniert mit Sozialabbau, Stellenkürzungen oder Privatisierungen.

Der Spatz in der Hand ist nicht immer besser als die Taube auf dem Dach. Insofern unterstützen wir eine Regierungskoalition nur dann, wenn damit ein durchgreifender

Politikwechsel eingeleitet wird. Das beinhaltet zum Beispiel die Rücknahme der Rente mit 67, die höhere Besteuerung von Reichen und Profiten, den Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan und Rückbau zur reinen Verteidigungsarmee.

Die Koalitionen und Tolerierungen auf Länderebene haben bisher mehr Schatten als Licht für Die LINKE gebracht. Aus diesen Erfahrungen müssen wir lernen.

Der pluralistische und zunehmend diskussionsfreudige Charakter unserer Partei ist für uns ein Garant dafür, dass die anstehende Programm- und Strategiedebatte abwechslungsreich und lehrreich für alle sein wird.

Sascha Kimpel



Glosse

Die Dialektik des Sparens



Sparen nach volkstümlicher Auffassung bedeutet, Geld, wie und wo auch immer, anzuhäufen. Liechtenstein soll mal eine gute Adresse für das Wo gewesen sein. Im wirklichen Leben finden wir in Schaufenstern, Zeitungen, Werbeflehen immer wieder die Aufforderung, beim Kaufen zu sparen. Also, ich kaufe und kaufe und habe immer weniger Geld in der Tasche, von Haufenbildung keine Spur. Was mache ich falsch? Mein Ansatz ist offensichtlich verkehrt.

Nun hat der Herr Sarrazin (SPD), seines Zeichens Senator der Finanzen in Berlin, einen Vorschlag für das Essen der Hartz IV-Empfänger unterbreitet: Kartoffelbrei, Sauerkraut und Bratwurst. Für die Tagesernährung, meint er, genügen 4,25 Euro. Aus diesem Ansatz heraus haben wir eine Wochenspeisekarte im Internet gefunden, die wir der Allgemeinheit und Tim Mälzer zum Nachkochen bzw. Aufwärmen empfehlen wollen.

Hotel zur fetten Maus: Speisekarte, Sonntag: Bratwurst mit

Kartoffelbrei und Sauerkraut, Montag: Reste vom Wochenende, Dienstag: Sauerkrautsuppe (Diät), Mittwoch: Pellkartoffel und Matjeshering, Donnerstag: Nudeln, Tomatensoße, Jägerschnitzel, Freitag: Kohlrübeneintopf mit Hühnerherzen, Sonnabend: Bratkartoffel und Spiegelei. Spare Dich satt!

Mal abgesehen von den strafrechtlichen Problemen einen Jäger in Schnitzel zu zerlegen, sichert das Mittagessen nach dieser Speisekarte einen optimalen Stuhlgang und den Verlust einiger Pfunde an Körpergewicht. Sie schlagen zwei Fliegen mit einer Klappe: Geben wenig Geld aus und bleiben oder werden richtig gesund.

Nun können sie richtig sparen: Keine Arztkosten, keine Medikamente. Als Folge schlägt die Dialektik des Sparens mit voller Wucht zu. Die Pharmakonzerne erhöhen die Preise. Gut, das stört Sie in diesem Falle nicht, Sie brauchen keine Medikamente, Sie leben ja gesund. Allerdings ist der Mechanismus

dieser Dialektik auch auf anderen Gebieten vielfach erprobt und da schlägt es dann doch auch auf uns Sparer zurück. Die Wassersparwut der Berliner hat zu ungeahnten Folgen geführt. Das Abwasser (siehe oben: optimaler Stuhlgang) gleitet, mangels ausreichender Mengen an Trägerflüssigkeit, bedingt durch die ausschließliche Benutzung der Spartaste, nicht mehr durch die Kanalisation und verursacht Mehrkosten. Zum Ausgleich und natürlich zum finanziellen Ausgleich des Minderverbrauchs, hat das Unternehmen die Preise erhöht.

Alle meine Versuche zu sparen sind also gescheitert. Ich nehme das natürlich nicht tragisch. Denn die Unternehmen haben im Jahr 2007 hohe Gewinne eingefahren und versprechen - wenn nach Auszahlung der Vorstandsbezüge etwas übrig bleibt - davon weitere Arbeitsplätze zu schaffen. Vielleicht sogar in Deutschland. Das ist ja auch was Gutes. Oder habe ich da schon wieder was falsch verstanden?

Klaus Flemming

WANNWOWASWANNWOWASWANN

16. April 17.30 Uhr
Fortsetzung der 14. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow, Bezirksamt, Fröbelstraße 17, Haus 7, Bezirksverordnetenversammlung

18 bis 19 Uhr
Bürgersprechstunde von Stefan Liebich (Abgeordneter) im Frei-Zeit-Haus Weißensee in der Pistoriusstraße 23

17. April 17 bis 18 Uhr
Bürgersprechstunde von Marion Seelig (Abgeordnete) in der Geschäftsstelle DIE LINKE Pankow in der Kopenhagener Straße 76, Nähe S + U Schönhauser Allee

18. April 19 Uhr
Programmdiskussion des Forum Demokratischer Sozialismus (fds) mit Bernd Ihme, Udo Wolf (Abgeordneter Berlin) in der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, Nähe Ostbahnhof

21. April 18 Uhr
Sitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

22. April 17.30 Uhr
Beratung der AG Soziales im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

23. April 18 Uhr
Beratung der AG Gleichstellung und Integration im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

25. April 19 Uhr
Diskussionsveranstaltung „Nein zum Flugbetrieb in Tempelhof“ mit Jutta Matuschek (Abgeordnete Die Linke), Peter Kurth (CDU Pankow) und der „Bürgerinitiative Pankow ohne Fluglärm“ im Betsaal im ehemaligen Jüdischen Waisenhaus, Berliner Straße 120/121, Eingang Hadlichstraße

26. April 10 Uhr
2. Tagung des 1. Landesparteitages zu „Gute Arbeit für Berlin“ und „Nein zum Flugbetrieb in Tempelhof“ in der Max-Taut-Aula in Lichtenberg, Fischerstraße/Schlichtallee, Nähe S-Bahnhof Nöldnerplatz

27. April Ab 08 Uhr
Volksentscheid „Nein zum Flugbetrieb in Tempelhof“

28. April 18 Uhr
Sitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

29. April 18 Uhr
Beratung der AG Jugend im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

30. April 17.30 Uhr
15. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow von Berlin, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Bezirksverordnetenversammlung

01. Mai 13 Uhr
1. Mai-Fest an der Bötzweweiche, Am Friedrichshain/Bötzowstraße vor dem Kino am Friedrichshain

06. Mai 18 Uhr
Beratung der AG Gleichstellung und Integration im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

08. Mai 18 Uhr
Basistag der Linksfraktion in der BVV in der Geschäftsstelle DIE LINKE Pankow in der Kopenhagener Straße 76, Nähe S + U Schönhauser Allee

20 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstandes DIE LINKE Pankow in der Kopenhagener Straße 76, Nähe S + U Schönhauser Allee

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Bezirksvorstand Berlin Pankow

Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.die-linke-pankow.de
eMail: redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Gernot Klemm

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 7. April 2008
Druck: double express Auflage: 8.500

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am 16. Mai 2008

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert.

Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505.

Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.